

Sitzungsperiode 2024-2025
Sitzung des Ausschusses I vom 25. November 2024

FRAGESTUNDE*

- **Frage Nr. 78 von Herrn SCHRÖDER (PFF) an Ministerpräsident PAASCH zu einer einheitlichen Regelung der Dach- und Fassadenbegrünung bei öffentlichen Infrastrukturprojekten in der Deutschsprachigen Gemeinschaft**

Dach- und Fassadenbegrünungen sind zunehmend wichtige Bestandteile einer nachhaltigen Stadtplanung und Klimapolitik, auch in der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Sie tragen zur Reduzierung der Flächenversiegelung, zur Verbesserung des städtischen Mikroklimas, zur Förderung der Biodiversität und zur Verschönerung des Stadtbilds bei. Gleichzeitig sind jedoch finanzielle, technische und pflegerische Aspekte zu berücksichtigen, um die langfristige Tragfähigkeit solcher Projekte sicherzustellen.

Der Fachbereich Raumordnung schreibt derzeit bei öffentlichen Infrastrukturprojekten die Begrünung geeigneter Dächer vor. Da es hierfür jedoch keine verbindliche gesetzliche Grundlage oder einheitliche Regelung gibt, entstehen oft langwierige Abstimmungsprozesse zwischen Bauherren, Behörden und Stadtplanern.

Vor dem Hintergrund, dass die Zuständigkeit für Raumordnung nun in den Händen der Deutschsprachigen Gemeinschaft liegt, habe ich folgende Fragen an Sie, Herr Ministerpräsident:

1. Sehen Sie die Möglichkeit, eine gesetzliche Regelung zur Förderung der Dach- und Fassadenbegrünung zu schaffen, die z. B. Mindestflächen und Kostenübernahme festlegt?
2. Welche finanziellen Zuschüsse existieren derzeit, um die Begrünung insbesondere von Industriegebäuden zu unterstützen und so zusätzliche Anreize für nachhaltiges Bauen zu schaffen?

- **Frage Nr. 79 von Frau JADIN (PFF) an Ministerpräsident PAASCH zum nachhaltigen Bauen**

Der Bausektor ist nicht nur einer der wichtigsten Wirtschaftszweige in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, sondern trägt auch maßgeblich zur Gestaltung unserer Lebens- und Arbeitsräume bei. Gleichzeitig steht die Branche vor der Herausforderung, den steigenden Anforderungen an nachhaltiges Bauen gerecht zu werden. Nachhaltiges Bauen umfasst weit mehr als den Umweltschutz: Es verbindet die effiziente Nutzung von Ressourcen mit Klimaneutralität, der Förderung der Biodiversität und der Minimierung von Flächenverbrauch.

Ein zentrales Ziel nachhaltigen Bauens ist es, wirtschaftliche, ökologische und gesellschaftliche Interessen in Einklang zu bringen. Während Bauherrinnen und Bauherren auf die Bau- und Instandhaltungskosten achten, legen die Gesellschaft und die Politik zunehmend Wert auf die Verringerung von Umweltauswirkungen und die Ressourcenschonung. Insbesondere

* Die nachfolgend veröffentlichten Fragen entsprechen der von den Fragestellern hinterlegten Originalfassung.

der Baustoff Beton, der trotz seiner natürlichen Bestandteile wie Sand, Wasser und Kies aufgrund seiner energieintensive Herstellung nicht unbedingt als besonders nachhaltig gilt, erfordert innovative und eben nachhaltige Lösungen.

Der Bausektor in der DG muss sich diesen Herausforderungen stellen, um langfristig wettbewerbsfähig und zukunftsfähig zu bleiben. Veranstaltungen wie der Vortrag der Wirtschaftsförderungsgesellschaft (WFG) am 28. November zu nachhaltigen Bauweisen und innovativen Technologien im Bereich Beton unterstreichen die Relevanz dieses Themas und regen zur Diskussion an.

Vor diesem Hintergrund möchte ich Ihnen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, folgende Fragen stellen:

1. Welche Maßnahmen plant die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, um nachhaltige Bauweisen – als Schlüssel für eine ressourcenschonende und klimafreundliche Zukunft – gezielt zu fördern?
2. Welche spezifischen Unterstützungsprogramme stehen den regionalen Bauunternehmen zur Verfügung, um nachhaltige Baukonzepte und innovative Technologien, insbesondere im Bereich Beton, zu implementieren?

• **Frage Nr. 80 von Frau JADIN (PFF) an Ministerpräsident PAASCH zur Betriebsübernahme**

Familienbetriebe sind das Herzstück der ostbelgischen Wirtschaft. Sie prägen nicht nur unsere regionale Identität, sondern sichern auch zahlreiche Arbeitsplätze und tragen wesentlich zur wirtschaftlichen Stabilität bei. Der Erhalt dieser Unternehmen durch eine erfolgreiche Betriebsübernahme ist daher von zentraler Bedeutung für die nachhaltige Entwicklung unserer Region.

Allerdings sehen sich viele Familienbetriebe bei der Nachfolgeregelung mit erheblichen Herausforderungen konfrontiert. Fehlt eine gelungene Übergabe, droht nicht nur der Verlust von Arbeitsplätzen, sondern auch ein langfristiger Schaden für die wirtschaftliche Struktur Ostbelgiens. Um dieser Problematik zu begegnen, hat die Wirtschaftsförderungsgesellschaft am 19. November in Eupen ein Abendevent organisiert, das praktische Informationen zur Betriebsnachfolge bereitstellte.

Vor diesem Hintergrund möchte ich Ihnen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, folgende Fragen stellen:

1. Welche Maßnahmen plant die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, um Familienbetriebe gezielt bei der oft komplexen Betriebsnachfolge zu unterstützen und den Erhalt dieser Unternehmen innerhalb der Region zu sichern?
2. Welche spezifischen Beratungs- oder Finanzierungsangebote stellt die DG bereit, um den Übergabeprozess für Übergabende und Übernehmende gleichermaßen zu erleichtern und langfristig Arbeitsplätze in der Region zu sichern?

• **Frage Nr. 81 von Frau COLLING (ECOLO) an Ministerpräsident PAASCH zur Position der DG zum Mercosur-Abkommen**

Am 13. November demonstrierten erneut Landwirte in Brüssel gegen das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den Mercosur-Ländern. Seit 20 Jahren liegt der Entwurf auf dem Tisch. Bisher war die Mehrheit der europäischen Länder dagegen. Heute ist Frankreich das einzige große europäische Land, das diesen Handelsvertrag immer noch ablehnt.¹ Ziel des Abkommens ist es, so viele Zollgebühren wie möglich für bestimmte

¹ https://www.francetvinfo.fr/economie/commerce/mercotur/accord-ue-mercotur-pourquoi-la-france-aura-bien-du-mal-a-empecher-la-signature-du-traite-de-libre-echange-qui-inquiete-le-monde-agricole_6894482.html.

Produkte abzuschaffen². In Deutschland drängt die Automobilindustrie auf eine Unterzeichnung. Die europäischen Landwirte hingegen lehnen das Abkommen ab. Sie befürchten, dass es die europäische Landwirtschaft einem unfairen Wettbewerb aussetzt und sowohl die Lebensmittelsicherheit als auch die Klimaziele gefährdet.³

Im Juli 2021 verabschiedete das Parlament der DG eine Resolution, in der man sich gegen das Mercosur-Abkommen in seiner damaligen Form aussprach. Im Februar 2024 antworteten Sie auf eine Frage meines Kollegen Freddy Mockel, die DG würde das Abkommen immer noch ablehnen.⁴ Der ostbelgische EU-Abgeordnete Pascal Arimont von der EVP sprach sich am 12. November im GrenzEcho bereits gegen das Abkommen aus⁵. Nun möchte die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, ebenfalls EVP, das Abkommen Anfang Dezember beim Mercosur-Gipfel in Montevideo zur Unterschrift bringen⁶. Der einzige Weg, dies aufzuhalten, wäre eine Sperrminorität von mindestens 4 europäischen Staaten, die zusammen 35 % der europäischen Bevölkerung ausmachen. Belgien könnte sich dieser Sperrminorität anschließen, dies setzt aber eine koordinierte Antwort aller belgischen Regierungen voraus.

In diesem Zusammenhang habe ich nun folgende Fragen an Sie, Herr Ministerpräsident:

1. Sind Sie in Kontakt mit den anderen bereits gebildeten belgischen Regierungen, um eine klare Position zum Mercosur-Abkommen auszuarbeiten?
2. Halten Sie weiterhin an Ihrer Aussage fest, dass Sie die Unterschrift verweigern werden?
3. Bei welchen roten Linien ist Ihre Regierung zu keinem Kompromiss bereit?

• **Frage Nr. 82 von Frau COLLING (ECOLO) an Ministerpräsident PAASCH zum gewählten Zeitfenster für die Sparmaßnahmen der DG**

Im Rahmen einer Pressekonferenz erklärten Sie dem GrenzEcho am 8. November, dass die DG bei den Einsparmaßnahmen dem "Worst Case"-Szenario folge. Das bedeutet, dass man einen Sparkurs über einen Zeitraum von 4 Jahren anvisiert.⁷

Im Moment ist noch völlig unklar, wie die haushaltspolitische Entwicklung sich gestalten wird und welche Anstrengungen tatsächlich von der DG verlangt werden. Der Zentrale Wirtschaftsrat (Conseil central de l'Économie) empfiehlt aber in einer Stellungnahme vom 16. Oktober einen Anpassungsprozess über sieben Jahren, der statt durch kurzfristige Maßnahmen über strukturelle Reformen mehr Spielraum im Haushalt schafft.⁸

Zudem bekräftigte der Chef des föderalen Planbüros seinerseits kürzlich noch, dass ein zu schneller Sparkurs kontraproduktiv wäre.⁹ Es brauche Zeit und beständige Maßnahmen über einen längeren Zeitraum hinweg. Die DG hat aber beschlossen, den "kurzen" und "schnellen" Weg zu gehen.

² <https://www.rtbef.be/article/qu-implique-l-accord-entre-l-union-europeenne-et-le-mercotur-11462754>.

³ <https://www.grenzecho.net/art/d-20241113-H89KW1>.

⁴ <https://dgov.sharepoint.com/sites/PDG/Gremien/Sitzungskalender/Forms/Dokumente%20%20Allgemein.aspx?id=%2Fsites%2FPDG%2FGremien%2FSitzungskalender%2FAusschuss%201%2F20240219%5F1700%5FA1%2F2024%2E02%2E19%5FFragestunde%20AI%20%2D%20Antworten%2Epdf&parent=%2Fsites%2FPDG%2FGremien%2FSitzungskalender%2FAusschuss%201%2F20240219%5F1700%5FA1>

⁵ <https://www.grenzecho.net/art/d-20241111-H88CE3>.

⁶ <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/weltwirtschaft/g20-gipfel-brasilien-mercotur-100.html>.

⁷ <https://www.grenzecho.net/art/d-20241107-H86M6G>.

⁸ <https://www.lecho.be/economie-politique/belgique/economie/investir-dans-la-productivite-pour-assainir-le-budget/10569330.html>.

⁹ <https://www.grenzecho.net/114652/artikel/2024-11-13/ein-zu-schneller-sparkurs-ware-laut-planburo-kontraproduktiv>.

In diesem Zusammenhang habe ich nun folgende Fragen an Sie, Herr Ministerpräsident:

1. Die DG geht bei ihren Sparmaßnahmen vom "Worst Case" aus. Werden die Sparmaßnahmen rückgängig gemacht, wenn der "Worst Case" nicht eintritt?
2. Minister Franssen sprach anlässlich der Regierungskontrolle vom 7.11.2024 von 50 Millionen Euro Strafzahlungen, sollten die haushaltspolitischen Ziele nicht erreicht werden.¹⁰ Wie kommt diese Zahl zustande?
3. Die EU hat unseres Wissens nach noch nie eine Strafzahlung wegen Nichteinhaltung der Defizitgrenzen durchgesetzt. Warum gehen Sie davon aus, dass das jetzt der Fall sein wird?

• **Frage Nr. 83 von Herrn BALTER (VIVANT) an Ministerpräsident PAASCH zur aktuellen Situation bezüglich der Batopin Geldautomaten**

Bereits mehrfach wurde in diesem Hause die unzureichende Versorgung mit Geldautomaten in der Deutschsprachigen Gemeinschaft thematisiert. Sie selbst bezeichneten die aktuelle Situation als völlig inakzeptabel und betonten, dass Sie diesbezüglich mit dem Konsortium Batopin im Austausch stehen. Trotz zahlreicher Bemühungen bleibt die Situation vielerorts unverändert oder unbefriedigend.

Ein aktuelles Beispiel liefert die Großgemeinde Büllingen. Wie der noch amtierende Bürgermeister Friedhelm Wirtz betont, ist es unzumutbar, dass in einer flächenmäßig großen Gemeinde nur ein einziger Geldautomat existiert. Dies widerspricht nicht nur den föderalen Zielsetzungen, sondern erschwert vor allem älteren Menschen und Bewohnern abgelegener Ortschaften den Zugang zu Bargeld erheblich. Hinzu kommen technische Probleme an den bestehenden Automaten.

Angesichts dieser Tatsachen stellt sich die Frage, welche Fortschritte seit Ihrer letzten Kontaktaufnahme mit Batopin zu verzeichnen sind und wie die Geldversorgung in ländlichen Regionen nachhaltig sichergestellt werden kann.

Diesbezüglich lauten meine Fragen:

1. Haben erneute Gespräche mit Batopin oder anderen Verantwortlichen stattgefunden, die Fortschritte in Bezug auf die Verbesserung der Geldautomatensituation in der DG gebracht haben?
2. Werden Sie die jüngsten Beschwerden des Bürgermeisters von Büllingen als Anlass nehmen, verstärkt Druck auf Batopin auszuüben, damit auch in Großgemeinden wie Büllingen mindestens ein weiterer Automat bereitgestellt wird?

• **Frage Nr. 84 von Frau NEYCKEN-BARTHOLEMY (SP) an Ministerpräsident PAASCH zur Arbeit der Verwaltung im Bereich der Raumordnung**

Im Teil 6 der Haushaltsfibel wird auf den Seiten 156 bis 160 gleich viermal auf die strukturelle Unterbesetzung des Fachbereichs Raumordnung hingewiesen. Insbesondere wird auf Seite 156 erwähnt, dass die Referate Ortsplanung sowie Bau- und Planungsrecht aufgrund von Personalmangel nicht eröffnet und dass wegen des Einstellungsstops einige Inhalte der Raumordnung nicht betreut werden konnten. In dem Abschnitt über die Perspektiven nach 2026 – ich betone nach 2026! – ist nachzulesen – ich zitiere: "Es ist weiter von einer strukturellen personellen Unterbesetzung des Fachbereichs auszugehen. Demnach werden weiterhin nicht alle Aufgaben der Raumordnung im notwendigen Umfang bearbeitet werden können. Die zuvor genannten priorisierten Arbeiten werden versucht weiterhin durchzuführen. Aufgrund von absehbaren Personalausfällen durch Elternzeit und krankheitsbedingten Arbeitszeitreduzierungen wird die Umsetzung jedoch mehr Zeit bedürfen."

¹⁰ <https://www.youtube.com/live/MqI9fT6DoU0?si=D6BwwKf8QLivz4OZ&t=5802>.

Als ich Sie im Ausschuss während der Haushaltsberatungen auf diesen Sachverhalt hingewiesen habe, wurde ich mit einigen Allgemeinplätzen zu den Folgen des Einstellungsstops abgewimmelt. Damit kann ich mich nicht zufrieden geben. Hier droht ganz offensichtlich ein langfristiger Schaden an der Handlungsfähigkeit der DG in diesem wichtigen Zuständigkeitsbereich.

Dazu meine Fragen:

1. Welche konkreten Auswirkungen hat die fehlende oder ungenügende Bearbeitung gewisser Teilbereiche der Raumordnungszuständigkeit auf die Situation der Antragssteller und der Gemeinden?
2. Teilen Sie meine Meinung, dass ein dringender Handlungsbedarf zum Abbau des Personalmangels im Fachbereich Raumordnung besteht?
3. Welche konkreten Maßnahmen gedenken Sie als für das Personalwesen zuständiges Regierungsmitglied zu ergreifen, um diese Missstände zu beenden?

• **Frage Nr. 85 von Herrn BALTER (VIVANT) an Ministerpräsident PAASCH zu den Feierlichkeiten zum Tag der Deutschsprachigen Gemeinschaft**

Die jüngste Feier der Deutschsprachigen Gemeinschaft im prachtvollen Egmont-Palast in Brüssel bietet erneut Anlass zu einer kritischen Betrachtung. Während Sie in Ihrer Festrede die Erfolge und Forderungen der DG hervorhoben und erklärten, dass solche Empfänge notwendig seien, um wichtige Anliegen öffentlichkeitswirksam zu adressieren, wirft die Wahl dieses luxuriösen Veranstaltungsortes dennoch Fragen auf – insbesondere in einer Zeit, in der die Gemeinschaft selbst einschneidende Sparmaßnahmen beschließt.

Ihre Begründung, dass die Veranstaltung aufgrund der Renovierung der DG-Vertretung in Brüssel und der günstigen geographischen Lage des Egmont-Palasts gewählt wurde, mag dem ein oder anderen nachvollziehbar erscheinen. Dennoch entsteht der Eindruck einer Diskrepanz zwischen der propagierten Sparsamkeit und der tatsächlichen Umsetzung, die nicht nur bei Bürgern, sondern auch in der öffentlichen Debatte auf deutliche Kritik stößt.

Dies wirft die Frage auf, ob solche Entscheidungen die gewünschte Botschaft vermitteln und das Vertrauen in die politischen Prioritäten stärken können.

Diesbezüglich lauten meine Fragen an Sie:

1. Wie rechtfertigt die Regierung die Diskrepanz zwischen Sparappellen und der aufwendigen Präsentation der DG in einem luxuriösen Rahmen?
2. Wie hoch belaufen sich die Gesamtkosten der Feierlichkeiten in Brüssel und Lontzen zum Tag der Deutschsprachigen Gemeinschaft?
3. Wie stehen Sie zu dem Vivant Vorschlag, den Feiertag der DG systematisch auf einen Sonntag zu verlegen?